

„Die Stadt zukunftsfest machen“

Viererbündnis aus Grünen, SPD, Linke und Volt stellt Haushaltsplan vor: Investitionen ja, Steuererhöhungen nein

Von Michaela Luster
und Nils Lünser

WIESBADEN. Soziale, ökologische und digitale Investitionen trotz klammer Kassen hat sich die Rathauskooperation aus Grünen, SPD, Linke und Volt vorgenommen. In einer Pressekonferenz haben Vertreter der vier Fraktionen jetzt ihren Haushaltsplan für 2025 vorgestellt, der unter dem Motto „Wiesbaden zukunftsfest machen“ steht. Geld soll dafür unter anderem frei werden durch strukturelle Reformen in der Verwaltung. Diese soll digitaler, Prozesse optimiert werden. „Die Verwaltung soll bürger-näher und agiler werden“, kündigte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Volt, Daniel Weber, an. So könne das Viererbündnis den von Kämmerer Hendrik Schmehl (SPD) vorgegebenen Finanzrahmen einhalten. Doch die Dezernate mussten auch Federn lassen: Nur etwa 30 Prozent der jeweils angemeldeten Bedarfe konnten erfüllt werden.

Der Haushaltsplan der Viererkooperation im Einzelnen:

Mobilität

Eswe Verkehr soll von Anfang des kommenden Jahres an zum Regelfahrplan zurückkehren. Die Fahrplankürzungen am späten Abend und an den Wochenenden werden zurückgenommen. „Auch das beliebte **WI 15-Ticket** führen wir fort“, kündigte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Gesine Bonnet an. Es wird mittlerweile von 19.000 Kindern und Jugendlichen genutzt.

Das Investitionsprogramm zur Streckenwiederherstellung der **Aartalbahn** wird weitergeführt. Den geplanten Bau der **Wallauer Spange**, der neuen, schnellen Zugverbindung zum Frankfurter Flughafen, will die Kooperation weiter vorantreiben und lässt sich das 1,25 Millionen Euro kosten. Für die **Sanierung von Straßen, Gehwegen und Brücken** sind 19 Millionen Euro eingeplant. Darunter fällt etwa die Aufwertung des Umfelds des Bahnhofs Kastel und die Sanierung der Kostheimer Mainbrücke. Mehr als drei Millionen Euro werden bereitgestellt für den **Ausbau von Radwegen**.

Kinder und Jugendliche

16 Millionen Euro sind im Haushaltsplan für den **Ausbau von Krippen- und Kitaplätzen**



„Stolz“ auf ihren Haushaltsplan: Ingo von Seemen (Linke), Silas Gottwald (SPD), Gesine Bonnet (Grüne) und Daniel Weber (Volt, von links). Foto: Sascha Kopp

vorgesehen. Geplant sind außerdem der Bau einer **Freizeitfläche unter der Schiersteiner Brücke**, der **Ausbau der Schulsozialarbeit** und der volle **Erhalt der Ferienangebote**.

Rund 20 Millionen Euro sind für **Neubauten, Erweiterungen und Sanierungen von Schulen**, Sporthallen und Mensen vorgesehen. Wegen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung werden von 2026 an vor allem die Grundschulen in den Blick genommen. Die 1:1-Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit **Tablets** wird doch fortgesetzt.

Soziales

Bei den **Zuschüssen zu Integrationsmaßnahmen** wird nicht gekürzt. „Das soziale Netz zu sichern, war ein Herzensprojekt der Kooperation“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Silas Gottwald. Die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst werden auf die **freien sozialen Träger** übertragen. Die vier Beratungsstellen für selbstständiges Leben im Alter erhalten jeweils eine zusätzliche Stelle. Bergkirchenviertel und Kostheim (Krautgärten/Im Sempel) bekommen neue **Stadtteilbüros**. Das Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ (Gräselberg und Biebrich) wird fortge-

setzt. Geplant ist der Aufbau einer Wohnberatung und einer Wohnungstauschbörse. „Ich freue mich, dass das soziale Netz geschützt ist, solange diese Kooperation regiert“, betonte der Fraktionsvorsitzende der Linken, Ingo von Seemen.

Zudem plant die Kooperation eine Ausweitung der **Mietpreisbremse** auf alle Wohnungen im Besitz der städtischen Wohnbaugesellschaft GWW von 2025 an. Weiter sollen Werkwohnungen für städtische Mitarbeiter gefördert werden.

Wirtschaft

Für den **Masterplan Innenstadt** werden 1,4 Millionen Euro bereitgestellt. Mit rund 458.000 Euro werden **Stadtevents** wie der Kindersternschnuppenmarkt, der Frühlingsmarkt, das Erntedankfest und die Weihnachtsbeleuchtung finanziert. Zudem plant die Kooperation ein Arbeitsmarktprojekt, bei dem Geflüchtete bei der Suche nach Arbeit beraten werden.

Feuerwehr

Die maroden **Feuerwehrgerätekäuser** in Erbenheim und Rambach werden neu gebaut. Bei der Berufsfeuerwehr wer-

den 15 zusätzliche Stellen geschaffen. Zudem gibt es fast 900.000 Euro für die Beschaffung von **Feuerwehr-Fahrzeugen**.

Kultur

Die Zuschüsse für die Wiesbadener **Kultureinrichtungen** erhöhen sich um 487.000 Euro. Außerdem sind **freie Projektmittel Kultur** in Höhe von 240.000 Euro im Etat 2025 eingepreist.

Klimaschutz

Nach den Plänen der Kooperation soll Wiesbaden auch weiterhin in den Klimaschutz investieren, das Budget liegt bei rund 6,2 Millionen Euro. Innovative Maßnahmen zur **Erzeugung regenerativer Energie** sollen genauso gefördert werden wie das Programm „Ökoprotit“, wo gemeinsam mit Unternehmen Betriebsabläufe klimafreundlich optimiert werden sollen. Um sich vor Wetterextremen zu schützen, werde auch der Hochwasserschutz weiter ausgebaut, erklärte Gesine Bonnet.

Stadtentwicklung

Große Projekte zur Umgestaltung der Innenstadt wie der **Umbau der Schwalbacher**

Straße und des Elsässer Platzes sollen auch 2025 fortgesetzt werden. Aber auch in den Stadtteilen wird investiert, der Haushaltsplan sieht 1,4 Millionen für das neue **Gemeindezentrum Nordenstadt** sowie 4 Millionen für den Neubau des Bürgerhauses Kastel/Kostheim vor.

Das von Kämmerer Schmehl prognostizierte Defizit von 37,9 Millionen Euro werde man um 10 Millionen sogar unterschreiten, sagte Gottwald. Dies ergebe sich durch eine gute Prognose bei der Gewerbesteuer und eine Erhöhung der Risikovorsorge. Erhöhung von Gebühren oder Steuern für die Bürger werde es nicht geben. Der Haushaltsplan stehe jedoch unter Vorbehalt, betonten die Fraktionsvorsitzenden. Eine drohende Kürzung der zugesagten Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs stelle eine erhebliche Unsicherheit dar. Trotz eingeplanter Puffer müsse man die weitere wirtschaftliche Entwicklung sowie die Haushalte in Bund und Land abwarten.

Der Haushaltsplan wird in den kommenden Wochen in den städtischen Ausschüssen diskutiert und bis zum Ende des Jahres von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.